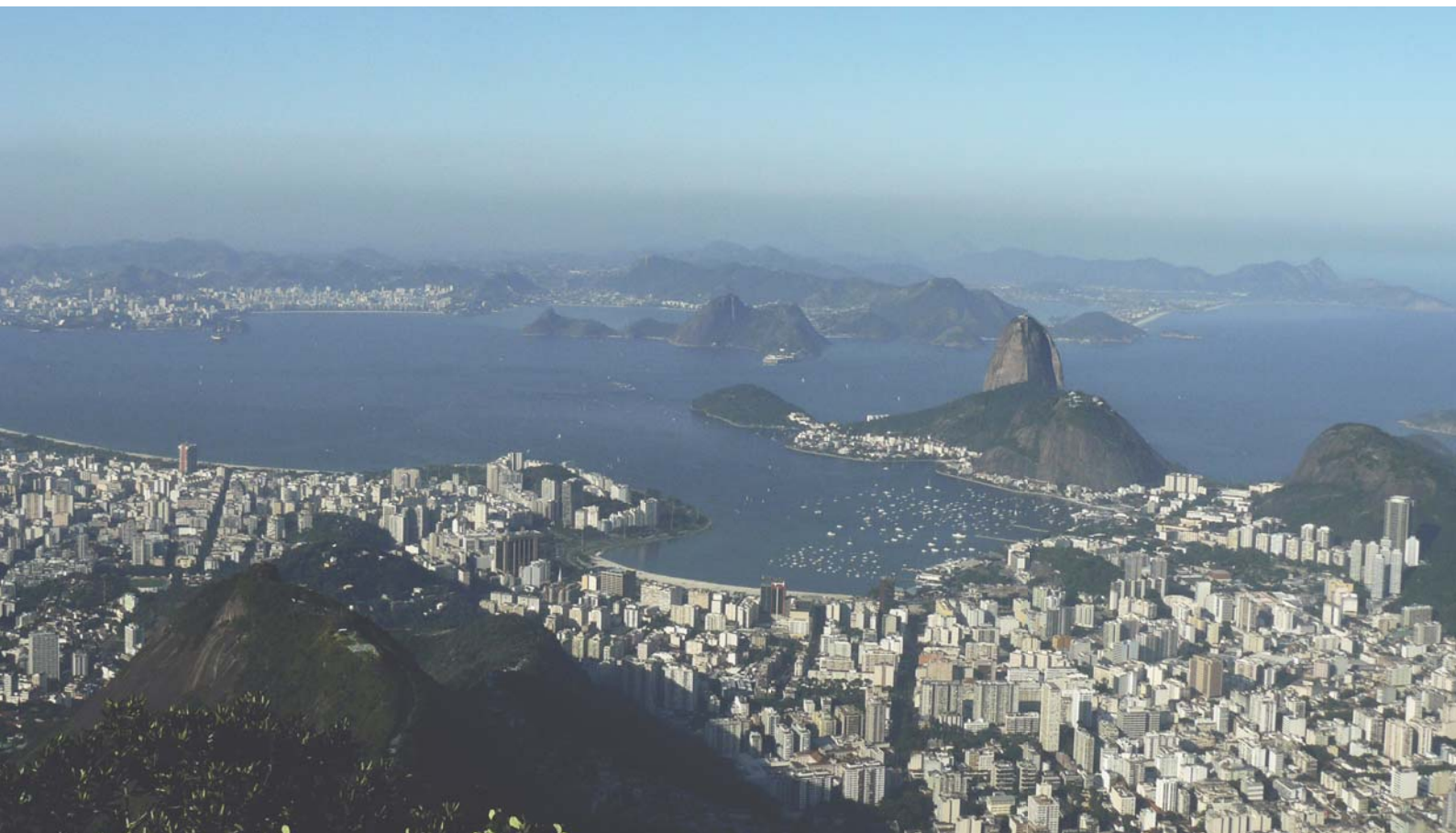


Ein gutes Leben für alle

Rio+20: Weichen stellen für eine Nachhaltige Entwicklung

Ein Hintergrundpapier



Ein gutes Leben für alle

Rio+20: Weichen stellen für eine Nachhaltige Entwicklung
Ein Hintergrundpapier

Herausgeber: Evangelischer Entwicklungsdienst e.V., www.eed.de

Autoren: Michael Frein, Jürgen Reichel, Stig Tanzmann, Stefan Tuschen

Redaktion: Michelle Peña Nelz

Titelbild: pixelio/Fabian Voswinkel

Bonn, Mai 2012

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, CO₂-neutral hergestellt und
ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

Print  kompensiert
Id-Nr. 1220082
www.bvdm-online.de

Inhaltsverzeichnis

- 04 **Ein gutes Leben für alle**
- 05 **Von Rio 1992 nach Rio 2012**
- 09 **Rio+20: Neuer Anlauf – neue Sackgasse?**
- 15 **Nachhaltigkeit implementieren: Ein gutes Leben für alle**
- 17 **Zusammenfassung**

Ein gutes Leben für alle

Vom 3.-14. Juni 1992 trafen sich in Rio de Janeiro Delegationen aus 172 Staaten zum sogenannten Erdgipfel, der, wie sie offiziell heißt, UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (*United Nations Conference on Environment and Development, UNCED*). Zwanzig Jahre danach, vom 20. - 22. Juni 2012, findet, wiederum in Rio de Janeiro, die Nachfolgekonzferenz statt, die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (*United Nations Conference on Sustainable Development, UNCS*D).

In den vergangenen zwei Dekaden haben sich die internationalen Rahmenbedingungen und Gewichte dramatisch verschoben. Die Hälfte der globalen Konsumentenklasse lebt inzwischen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Schwellenländer, insbesondere China, Indien und Brasilien, haben deutlich an ökonomischem und politischem Gewicht gewonnen. Glaubte man 1992 nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten noch, eine Friedensdividende verteilen zu können, ist der globale Norden heute in den hohen Militärausgaben eines asym-

metrischen „Krieges gegen den Terror“ gefangen. Gleichzeitig stecken wichtige Industriestaaten wie Japan, die USA und eine Reihe von Ländern der EU in den Zwängen ihrer jeweiligen Schuldenkrisen.

Die Liquidität der Finanzmärkte wurde in den vergangenen zwanzig Jahren durch Faktoren wie Steuer- und Kapitalflucht oder Altersvorsorge über Pensionsfonds (statt über Generationenverträge) erheblich erhöht. Zusammen mit der Deregulierung sind die Risiken, die von den Finanzmärkten für wirtschaftliche Stabilität ausgehen, in den vergangenen Jahren beträchtlich angewachsen, wie die von Finanzspekulationen verschärfte Hungerkrise 2008 gezeigt hat.

Heute hungern rund eine Milliarde Menschen, zwei Milliarden müssen mit weniger als zwei US-Dollar täglich auskommen, etwa einem Drittel der Menschheit stehen keine sanitären Einrichtungen zur Verfügung, ungefähr genau so vielen fehlt eine grundlegende Gesundheitsversorgung. Die biologische Vielfalt geht mit unvermindertem Tempo verloren. Der Klimawandel schreitet fort, 2010 war das Jahr mit den höchsten CO₂-Emissionen, die jemals gemessen wurden. Gleichzeitig werden die natürlichen Ressourcen zu einem knappen Gut. Der Peak Oil, also der Tag der höchsten Ölfördermenge, steht kurz bevor oder, glaubt man anderen Experten, liegt bereits hinter uns. Und, wie die Rohstoffabkommen Deutschlands mit der Mongolei und Kasachstan zeigen, wird auch bei vielen anderen Rohstoffen der Wettbewerb schärfer.

Angesichts dieser Situation der multiplen Krisen steht der Rio+20-Gipfel vor der Herausforderung, konkrete Schritte zur Lösung der globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu

„In zwei Schlagworten gesagt, besteht das ökologische Verhängnis darin, dass der Mensch die Natur im Übermaß einerseits als Bergwerk und andererseits als Müllhalde nutzt. Die Klimakrise kann mit dem Überlaufen einer globalen Müllhalde, die Peak-Oil-Krise dagegen mit der Erschöpfung eines Bergwerks verglichen werden. Es ist einer seltsamen Laune der Geschichte geschuldet, dass beide Krisen in denselben Jahren über die Welt hereinbrechen. Ob diese Gleichzeitigkeit als glückliche oder als unglückliche Fügung zu werten ist, wird sich in naher Zukunft herausstellen.“

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Herausgegeben von Brot für die Welt, EED und BUND. Frankfurt 2008, Seite 41

vereinbaren. Die Regierungen müssen deutlich machen, dass sie willens und in der Lage sind, die akuten Krisen zu bewältigen und langfristige Lösungen für die globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme auf den Weg zu bringen. Sie müssen ihre politische Verpflichtung für eine nachhaltige Entwicklung erneuern und im Juni in Rio einen Rahmen vereinbaren, der auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene ein Umsteuern hin zu einer nachhaltigen Entwicklung befördert beziehungsweise in Gang setzt.

Nur wenige Wochen vor dem Gipfel sind sie davon jedoch weit entfernt. Der aktuelle Ver-

handlungsstand gibt Anlass zur Sorge. Zum einen, weil die Positionen der Regierungen in erheblichem Maße differieren, etwa zwischen Nord und Süd, zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern, zwischen ölproduzierenden Ländern und solchen, die auf Erneuerbare Energien setzen, zwischen Regierungen, die auf marktorientierte Lösungen setzen und solchen, die den Markt stärker regulieren wollen. Zum anderen nähren die Verhandlungen grundsätzliche Zweifel, dass die Weltgemeinschaft, wie sie durch die Regierungen präsentiert wird, auf den Weg einer nachhaltigen Entwicklung einzuschwenken bereit ist.

Von Rio 1992 nach Rio 2012

Rio 1992: Geburtsstunde nachhaltiger Entwicklung

Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, der sogenannte Erdgipfel, der 1992 in Rio stattfand, führte zu einer Reihe von Ergebnissen. Die beiden völkerrechtlich verbindlichen Konventionen, die Konvention über die biologische Vielfalt und die Klimarahmenkonvention bilden zusammen mit der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung, die ebenfalls auf einen Rio-Beschluss zurückgeht, so etwas wie den Kern internationaler Nachhaltigkeitsabkommen.

Hinzu kommen mehrere – völkerrechtlich unverbindliche – Vereinbarungen wie die Wald-erklärung, die Rio-Erklärung und die Agenda 21. Die Rio-Erklärung mit ihren 27 Grundsätzen für eine nachhaltige Entwicklung und die Agenda 21, die eine Art Handlungsanleitung für die Entwicklung im 21. Jahrhundert darstellt, üben bis heute eine bemerkenswerte Strahlkraft für die politische Diskussion aus.

Gleichwohl ist die Wirkung des Erdgipfels und seiner Ergebnisse unter dem Strich ambivalent. Auf globaler Ebene war Rio 1992 der Auftakt für eine ganze Reihe von UN-Konferenzen, so etwa die Menschenrechtskonferenzen 1993 in Wien oder 1995 die Weltfrauenkonferenz in Beijing und der Weltsozialgipfel in Kopenhagen. Für all diese Konferenzen waren die Beschlüsse von Rio zentraler inhaltlicher Bezugspunkt.

WTO-Gründung 1995: Marktkräfte auf dem Vormarsch

Auf der anderen Seite entstand mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahre 1995 außerhalb des UN-Systems ein mächtiger Gegenspieler des Rio-Prozesses. Damit waren Umweltschutz und Handelspolitik zwei weitgehend unabhängig voneinander agierenden Systemen zugeordnet. Deutlich wird dies etwa, wenn es um den Konflikt zwischen dem in der Rio-Erklärung verankerten Vorsorgeprinzip und der entsprechenden Regelung im Allgemeinen

Zoll- und Handelsabkommen der WTO geht. Während die Rio-Erklärung Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für die Umwelt auch bei einem Mangel an wissenschaftlicher Gewissheit gerechtfertigt sieht, sind handelspolitische Maßnahmen nur dann mit den WTO-Regeln vereinbar, wenn sie auf gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnis basieren. In der Praxis hat sich die WTO, nicht zuletzt aufgrund ihrer Sanktionsmechanismen, im Laufe der Jahre in der Gestaltung der Globalisierung als das wirkungsmächtigere Regime herauskristallisiert.

„Es erscheint als selbstverständlich, dass eine dem Gemeinwohl verpflichtete Welthandelsorganisation die Menschenrechte schützt und die Armut bekämpft. Tatsächlich erkennt die WTO noch nicht einmal auf dem Papier den Menschenrechtskanon der Vereinten Nationen an, geschweige denn, dass sie sich seiner aktiven Umsetzung verpflichtet. Vielmehr müssen Regierungen wieder größeren Handlungsspielraum vis-à-vis den bestehenden internationalen Handelsregeln zurückerlangen, sodass sie Zuströme an Produkten, aber auch an Dienstleistungen und Direktinvestitionen kontrollieren können, wenn Existenzrechte und Entwicklungspotenzial auf dem Spiel stehen.“

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 514

Deutschland: Nachhaltigkeit wird wichtig, aber nicht wichtig genug

Die Ambivalenz der Auswirkungen des Rio-Prozesses setzt sich auf nationaler Ebene fort. In Deutschland und in einer Reihe anderer Länder wurden Nationale Nachhaltigkeitsstrategien ins Leben gerufen, einige Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, Thüringen und Baden-Württemberg haben ebenfalls Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet. Insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre suchten viele Städte und Gemeinden mit Hilfe der Lokalen Agenda 21 im kommunalen Rahmen nach Wegen zur Umsetzung der Ergebnisse von Rio.

In der Zivilgesellschaft haben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in den vergangenen beiden Dekaden in erheblichem Maße voneinander gelernt, die Zusammenarbeit ist gewachsen und hat sich verstetigt. Die Kirchen haben sich des Rio-Prozesses angenommen und verstehen Umwelt und Entwicklung heute als zwei Seiten einer Medaille. So heißt es etwa in der Kundgebung zu „Klimawandel – Wasserwandel – Lebenswandel“ der 7. Tagung der 10. Synode der EKD vom November 2008 mit Blick auf den Klimawandel: „Der Klimawandel stellt uns vor die Gerechtigkeitsfrage. Seine Verursacher in den Industriestaaten leiden weniger unter seinen Folgen als arme Bevölkerungsgruppen mit niedrigerer Energienutzung in den Ländern des Südens oder zukünftige Generationen. Eine Lösung kann nur auf der Grundlage gesucht werden, dass jeder Mensch das gleiche Recht hat, Energie zu nutzen, um Leben verantwortlich zu gestalten. Das bedeutet, dass wir unseren Energieverbrauch senken müssen, damit andere ihre Entwicklungschancen wahrnehmen können.“

Auch in weiten Teilen der Gesellschaft sind die Anliegen nachhaltiger Entwicklung verankert, etwa in der Akzeptanz Erneuerbarer Energien oder bei Konsumententscheidungen, wenn es um Fragen von Fair und Bio geht. Der Faire Handel erfreut sich zweistelliger Zuwachsraten, innerhalb der EU ist Deutschland der größte Absatzmarkt für Bioprodukte. Eigentlich wäre es Aufgabe der Politik, diese Bewegungen für mehr nachhaltige Entwicklung stärker zu fördern. Tatsächlich aber überholt die Gesellschaft häufig den Handlungswillen der Politik.

Ein größeres staatliches Engagement in diesem Bereich wäre hingegen dringend erforderlich. Denn trotz der genannten Erfolge ist der Marktanteil von ökofairen Produkten noch sehr bescheiden. Bei fair gehandeltem Kaffee liegt er in Deutschland bei rund zwei Prozent, der Anteil der Bio-Anbaufläche macht ungefähr sechs Prozent aus. Den Fortschritten auf der einen Seite

stehen auf der anderen Seite also gewaltige Herausforderungen gegenüber. Bis in den Mainstream ist der Weg für nachhaltige Entwicklung noch weit.

Geometrie: Ein Dreieck mit Schlagseite

Während die Auswirkungen des Rio-Prozesses auf die politische Diskussion kaum zu überschätzen sind, bleiben seine Erfolge in der politischen und gesellschaftlichen Praxis also eher begrenzt. In der Rückschau hat sich dabei als gewichtiges Problem erwiesen, wie die Debatte um nachhaltige Entwicklung im Gefolge des Erdgipfels seit Mitte der 1990er Jahre geführt wurde. Ausgangspunkt war die Definition der Brundtland-Kommission aus dem Jahre 1987, wonach es sich bei nachhaltiger Entwicklung um eine Entwicklung handele, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Darauf aufbauend bediente sich die Erläuterung des Begriffes der Metapher des Drei-Säulen Modells. Demnach wäre eine nachhaltige Entwicklung erreicht, wenn die Integration von Ökonomie, Ökologie und Sozialem gelungen sei, beziehungsweise wenn eine Balance zwischen diesen drei Säulen hergestellt wäre. Eine andere Metapher, das Nachhaltigkeitsdreieck, folgt im Grunde der gleichen Logik, ebenso das Bild der drei Dimensionen von Nachhaltigkeit.

Diese Beschreibung von nachhaltiger Entwicklung unterstützt eine Interpretation des Nachhaltigkeitskonzeptes, wonach die drei Säulen prinzipiell gleichberechtigt wären. Zudem finden sich in der politischen Praxis immer wieder Gründe, warum die ökonomische Säule für eine gewisse Zeit den Vorrang beanspruchen und ein Ausgleich später erfolgen könne. Oder aber Nachhaltigkeit wird von vornherein als zeitlich gestreckter Prozess verstanden, wo, je nach Situ-

„Was bislang allenfalls läuft, ist eine Diversifizierung des Angebots, um der aufkommenden Ökosensibilität zu entsprechen. Auf dem Flughafen München fahren Wasserstoff-Busse, die Stromkonzerne verkaufen im Nischensegment auch grünen Strom, der internationale Konzern Deutsche Bahn bietet Leihfahräder an, die Billig-Flieger werben mit Öko-Ferien und unter den Heizpilzen werden Gerichte aus Bio-Lebensmitteln serviert.“

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 20

ation, mal das Eine, mal das Andere Vorrang haben müsse. Statt einen Vorrang für Umwelt und Entwicklung festzuschreiben, suchen Politik und Wirtschaft nach win-win-Lösungen, etwa dergestalt, dass Umweltschutz der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung von Arbeitsplätzen zu dienen habe. Und Entwicklungspolitik gerät, ganz auf dieser Linie, nicht selten zu einer Disziplin der Außenwirtschaftspolitik.

Der Nachhaltigkeitsbegriff wird auf diese Weise nahezu beliebig verwendbar. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für seinen Erfolg in vielen politischen Arenen, auch außerhalb des engeren Umwelt- und Entwicklungsdiskurses. So floss das in der Brundtland-Definition angelegte Bild der Generationengerechtigkeit etwa in die Debatten um Rentensicherung und Staatsverschuldung ein. Allerdings bleibt der Siegeszug des Nachhaltigkeitsbegriffes weitgehend in der politischen Rhetorik stecken, mit seiner zunehmenden Akzeptanz in nahezu allen politischen

„Insgesamt sieht es so aus, als sei in Klimasachen mit einer Art systemischer Bewusstseinsspaltung zu rechnen: Im Überbau sind alle – von Bild („Wer rettet die Pinguine?“) bis zur Kanzlerin – Fürsprecher eines konsequenten Klimaschutzes, im Unterbau der materiellen Verhältnisse jedoch geht die Expansion der Energieansprüche weiter.“

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 20

Lagern und gesellschaftlichen Spektren verflüchtigt sich die politische Zielrichtung zusehends.

Leitplanken der Nachhaltigkeit: Soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit

Ein stärker zielgerichtetes Verständnis nachhaltiger Entwicklung orientiert sich heute an dem Bild von Leitplanken, die den zur Verfügung stehenden Raum für wirtschaftliches Handeln beschreiben. Dieser Raum wird auf der einen Seite durch die natürlichen Ressourcen und die

Tragekapazitäten begrenzt. Bereits jetzt beträgt die Regenerationszeit für den jährlichen Naturverbrauch der Menschheit circa eineinhalb Jahre. Mit Blick auf die ökologische Leitplanke ist das Gebot der Stunde also nicht wirtschaftliches Wachstum auf Kosten der Natur, sondern die Anpassung des menschlichen Wirtschaftens an die planetarischen Grenzen.

Gerechtigkeit ist der Schlüsselbegriff für die andere Leitplanke. Zentral sind dabei die Menschenrechte, insbesondere die sozialen Menschenrechte. Dazu gehört, dass jeder Mensch etwa ein Recht auf Nahrung, ein Recht auf Gesundheit, ein Recht auf Bildung und ein Recht auf Teilhabe am politischen Prozess hat. Insbesondere mit Blick auf Entwicklungsländer, aber zunehmend auch in reichen Ländern, gehört dazu weiter eine würdige Arbeit mit einer Entlohnung, die den Lebensunterhalt sichert sowie das gleiche Recht des Zugangs zu natürlichen Ressourcen für alle Menschen. Soziale Gerechtigkeit, die Verwirklichung der Menschenrechte, die Überwindung der Armut und politische Teilhabe sind somit Kernpunkte eines Programms für eine nachhaltige Entwicklung.

„Deshalb wird eine Politik der Zukunftsfähigkeit vordringlich die Grenzen der Tragfähigkeit der Ökosysteme beachten und von dort aus Leitplanken für Wirtschaft und soziale Sicherheit formulieren. Ein ähnlicher Unbedingtheitsanspruch kommt den Menschenrechten zu; die kosmopolitische Verpflichtung, sie zu gewährleisten, kann nicht gegen andere Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit oder Besitzstandswahrung verrechnet werden. Die Wirtschaftsdynamik innerhalb von ökologischen und menschenrechtlichen Leitplanken zu halten ist als Kernprogramm der Nachhaltigkeit zu begreifen.“
Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 26

Rio+20: Neuer Anlauf – neue Sackgasse?

Formal betrachtet wird das Ergebnis der Rio+20-Konferenz eine – völkerrechtlich unverbindliche – Abschlusserklärung sein. Inhaltlich betrachtet darf diese Erklärung nicht hinter die Beschlüsse von Rio 1992 zurückfallen. Das heißt insbesondere, dass die in der Rio-Erklärung enthaltenen Prinzipien nachhaltiger Entwicklung ungeschmälert bestätigt werden. In diesem Zusammenhang wäre angesichts der Erfahrungen der vergangenen beiden Dekade von großer Bedeutung, den uneingeschränkten Vorrang für Umwelt- und Gerechtigkeitsziele festzuschreiben. Besonders hervorzuheben sind dabei das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern für den Zustand unseres Planeten und, damit verbunden, für das Einschwenken auf nachhaltige Entwicklungspfade.

Das Defizit des Rio-Prozesses ist gleichwohl die Umsetzung. Dies gilt für die nationale Ebene, aber auch im globalen Rahmen. Die Sitzungen der Kommission für nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD), die Vertragsstaatenkonferenzen der Rio-Konventionen, Rio+5 in New York und Rio+10, der Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development WSSD) 2002 in Johannesburg, haben Berge von Papier produziert und eine kaum überschaubare Zahl von Programmen und Maßnahmen beschlossen.

Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung bleibt demgegenüber weit zurück. Die Politik hat es in den vergangenen 20 Jahren allzu oft versäumt, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.

„Die Stärke des Marktes liegt darin, über den Wettbewerb alle Teilnehmer zu veranlassen, beständig auf den bestmöglichen Einsatz von Kapital, Material, Menschen und Zeit zu achten. Er soll so für die optimale Allokation wirtschaftlicher Mittel sorgen. Es ist ihm aber nicht in die Wiege gelegt, die beiden anderen Aufgaben einer funktionstüchtigen Ökonomie zu gewährleisten: Weder ist er imstande, den Naturverbrauch auf einem zuträglichen Niveau zu halten, noch kann er eine faire Verteilung der Güter unter den Marktteilnehmern und darüber hinaus herstellen. Er ist blind für die Sache der Ökologie wie auch der Gerechtigkeit. Deshalb ist es im weiten Sinne die Politik, welche dafür die Regeln zu setzen hat. Gemeinwohl geht vor Markt, anders geht es gar nicht, um ökologischen Leitplanken und fairer Teilhabe gegenüber dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit Geltung zu verschaffen.“

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 27

Nicht selten haben sich tatsächliche oder vermeintliche ökonomische Zwänge als wirkungsmächtiger erweisen. Kurzfristigen ökonomischen Vorteilen oder politischen Positionsgewinnen wurde zu oft Vorrang gegeben vor stärker auf eine nachhaltige Entwicklung orientierten Maßnahmen mit mittlerem und längerem Zeithorizont. Die Hunger- und Armutskrise sowie die Umwelt- und Ressourcenkrise sind hierfür eindruckliche Belege.

Vor diesem Hintergrund einer multiplen Krisensituation bietet die Rio+20-Konferenz nun die Chance für einen neuen Anlauf. Schwerpunkt der Konferenz sind dem Mandat der UN-Generalsversammlung zufolge zwei Themen: Green Economy und der institutionelle Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Mit der Diskussion um Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), die im Laufe der Verhandlungen aufkam, hat sich der-

weil de facto ein drittes Schwerpunktthema etabliert.

Der institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung

Unter der Überschrift des institutionellen Rahmens oder der Global Governance für nachhaltige Entwicklung wird darüber diskutiert, wie die Umweltpolitik gegenüber anderen Bereichen innerhalb der Vereinten Nationen aufgewertet werden und Kohärenz für eine nachhaltige Entwicklung besser gesichert werden kann.

In diesem Rahmen verdienen die Bemühungen für eine Stärkung von UNEP, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, Unterstützung. Die Idee einer universellen Mitgliedschaft im UNEP-Verwaltungsrat und damit eine Erhöhung und Kontinuität der Finanzausstattung zeigt ebenso in die richtige Richtung wie der Vorschlag, UNEP von einem Programm der Vereinten Nationen zu einer UN-Organisation für Umwelt aufzuwerten. Damit wäre aus entwicklungspolitischer Sicht die Erwartung zu verbinden, dass sich auch das Mandat für UNEP erweitert, etwa dahingehend, dass UNEP als Beratungsorgan für Entwicklungsländer in der Gestaltung ihrer nationalen Politik fungieren kann. Darüber hinaus wäre sicherzustellen, dass globale Umweltpolitik zur Armutsbekämpfung beiträgt.

Im Grundsatz gleichfalls unterstützenswert sind die Bestrebungen, die Kommission für Nachhaltige Entwicklung durch einen Nachhaltigkeitsrat bei den Vereinten Nationen zu ersetzen. Dieser Rat, so der zentrale Gedanke, soll für mehr Kohärenz in der Politik der UN-Einrichtungen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung sorgen. Gleichwohl ist hierbei zu berücksichtigen, dass in einem solchen Nachhaltigkeitsrat auch ein gestärktes UNEP oder eine UN-Umweltorganisation gegenüber anderen Ak-

teuren wie Internationalem Währungsfonds und Weltbank am kürzeren Hebel sitzen könnte. Ein Nachhaltigkeitsrat als Abstimmungsinstrument für eine nachhaltige Entwicklung muss daher über eine eingebaute Vorfahrt für Umwelt und Soziales im Sinne der oben ausgeführten Leitplanken für eine nachhaltige Entwicklung verfügen. Dies gilt in besonderer Weise für den Fall, dass die Welthandelsorganisation, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, einen Status in einem neuen Rat der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung haben sollte.

Weiter zu verfolgen ist auch der Gedanke einer Ombudsstelle oder eines UN-Hochkommissars für Nachhaltige Entwicklung, der, unter anderem gestützt auf Befunde und Analysen aus der Zivilgesellschaft, öffentlichkeitswirksam und sozusagen als Anwalt für Nachhaltigkeit in permanenter Weise eine nicht nachhaltige Politik aufzeigen und den notwendigen Politikwechsel einfordern könnte. Damit wäre auch die Erwartung verbunden, dass nachhaltige Entwicklung in der öffentlichen Wahrnehmung stärker präsent ist. Dies könnte dazu beitragen, den Rechtfertigungsdruck für Regierungen zu erhöhen.

Gleichwohl ist anzumerken, dass, so wichtig eine Stärkung der Umweltpolitik innerhalb des Systems der Vereinten Nationen auch sein mag, eine wie auch immer geartete strukturelle Veränderung für die Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung jedoch eher von nachrangiger Bedeutung sein wird. Umgekehrt waren Defizite innerhalb des Systems der Vereinten Nationen nicht entscheidend für die Leerstellen in der Umsetzung der Ergebnisse von Rio.

Green Economy

Das andere Schwerpunktthema der Rio+20-Konferenz ist die Green Economy, oder, wie es vollständig heißt: Eine grüne Wirtschaft im Rahmen von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Eine anerkannte Definition von Green Economy gibt es nicht. Das Bild einer Green Economy, wie es der Zero Draft, der erste Entwurf der Abschlusserklärung der Rio+20-Konferenz, entworfen hat, ist von Nichtregierungsorganisationen und vielen Regierungen aus Entwicklungsländern – teils heftig – kritisiert worden. Hauptkritikpunkte sind, dass es ungebrochen auf wirtschaftliches Wachstum setze, die Grenzen der Natur nicht anerkenne und Gerechtigkeitsfragen ausblende.

In der Tat führt der Zero Draft mit diesem Ansatz der Green Economy den falschen Weg fort, den das Nachhaltigkeitsdreieck eröffnet. Ein Vorrang von Umwelt und Entwicklung ist nicht gegeben, die Ökonomie wird, in gewissem Maße und mit Blick auf win-win-Situationen, „begrünt“, aber nicht konsequent auf ihre soziale und planetarische Verantwortung hin ausgerichtet.

Gleichwohl wäre es verfehlt, damit alle Elemente abzulehnen, die dieses Konzept der Green Economy enthält. Hierzu gehören der Abbau umweltschädlicher Subventionen und das Umlenken von Investitionen in umweltfreundliche Vorhaben. Allerdings wird eine Vorstellung von Green Economy, die ausschließlich auf Effizienzgewinne durch den Einsatz neuer Technologien setzt und hofft, so wirtschaftliches Wachstum und Naturverbrauch entkoppeln zu können, den Herausforderungen nicht gerecht. Eine Wirtschaft, die rein auf ökologische Modernisierung und Wachstum setzt, bleibt blind gegenüber den Problemen von sozialer Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung. Sie läuft durch den sogenannten Rebound-Effekt auch Gefahr, an ihren eigenen Erfolgen zu scheitern: Indem Produkte immer ressourcenleichter und damit vielleicht preisgünstiger werden, steigt womöglich ihr Konsum. Damit wird die Ressourceneinsparung zumindest zum Teil wieder aufgezehrt. Wachstumseffekte tun ein Übriges, so dass unter dem Strich trotz ökologischer Effizienzgewinne ein

„Dennoch sind die Zeiten vorbei, in denen man sich von mehr Wirtschaftswachstum ein besseres Leben erwarten konnte – jedenfalls in den wohlhabenden Ländern. Zwar war man noch nie gut beraten, eine hohe Produktionsmenge mit einer zivilisierten Gesellschaft zu verwechseln, doch ist unterdessen der Wachstumsimperativ zu einer öffentlichen Gefahr geworden. (...) Es mehren sich die Anzeichen, dass Wachstum mehr Nachteile als Vorteile produziert, also in der Gesamtheit die Grenzkosten des Wachstums schneller zunehmen als sein Grenznutzen. (...) Die Destabilisierung des Klimas sowie die soziale Aufspaltung vieler Gesellschaften sind dafür die herausragenden Beispiele. Deshalb steht der Wachstumszwang im Widerspruch zur Nachhaltigkeit. Erst wenn Wachstum zu einer Option unter anderen zurückgestuft wird, kann man einen Kapitalismus mit sozialem und ökologischem Mehrwert erwarten.“

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 27/28

Mehr an Naturverbrauch stehen kann. Vieles weist darauf hin, dass sich der Traum von einer absoluten Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Natur als trügerisch erweisen könnte. Der technologische Sprung für eine nachhaltige Entwicklung, die die planetarischen Grenzen respektiert, ist in dem geforderten Zeitrahmen historisch ohne Beispiel.

Der Rio+20-Gipfel sollte sich daher auf ein Konzept einer nachhaltigen Wirtschaft verständigen, das

- auf den 1992 verabschiedeten Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung (etwa dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung, dem Verursacherprinzip und dem Vorsorgeprinzip) aufbaut und bei deren Implementierung Umwelt- und Entwicklungsinteressen Vorrang einräumt;
- der Durchsetzung der sozialen Menschenrechte und der Bekämpfung der Armut Priorität einräumt;
- die Rechte künftiger Generationen berücksichtigt;

- die wirtschaftliche und politische Teilhabe aller garantiert;
- den Schutz von Umwelt und Natur nicht wirtschaftlichen Interessen opfert;
- politische Rahmenbedingungen für ein ressourcenleichtes Wirtschaften setzt und auf die Pfade eines Low Carbon Development einschwenkt;
- umweltschädliche Subventionen zügig abbaut;
- Investitionen in grüne, zukunftsfähige Sektoren leitet, wobei hierfür staatliche Regulierung und Anreize unerlässlich sind;
- Ansätze für Suffizienz und nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster aktiv unterstützt;
- Ansätze für ein post-fossiles Zeitalter, gerade auch in der Landwirtschaft, stärkt;
- Wirtschaft und Unternehmen so reguliert, dass die sozialen und ökologischen Leitplanken einer nachhaltigen Entwicklung anerkannt und geachtet werden;
- die Grenzen der wirtschaftlichen Nutzung von Natur respektiert, ihrer Kommodifizierung Einhalt gebietet und sich von der Idee eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums verabschiedet.

Selbstverständlich muss die Wirtschaft in vielen Entwicklungsländern noch wachsen, damit

die Menschen der Armut entkommen können. Nichtsdestoweniger sind von einer UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung klare Impulse zu erwarten für eine Abkehr von einer Politik des permanenten Wirtschaftswachstums, das auf Kosten der Natur geht. Ebenso wenig nachhaltig ist ein wirtschaftliches Wachstum, das auf einer internationalen Arbeitsteilung basiert, die die Menschen in Entwicklungsländern als billige Arbeitskräfte auf die Funktion einer verlängerten Werkbank festlegt, die sich an den Konsumwünschen der globalen Mittelklasse ausrichtet. Mit Blick auf die planetarischen Grenzen verbietet sich darüber hinaus in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein Weg nachholender, auf fossile Energieträger gestützter Industrialisierungspfad. Dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung folgend müssen die Industrieländer jedoch Vorreiter auf dem Weg zu global nachhaltigen Produktions- und Konsummustern sein.

Die Nachhaltigkeit der Wirtschaft hat sich dabei an konkreten Politikfeldern zu bewähren. Mit Blick auf Deutschland und die EU stellt sich etwa die Frage, ob es gelingen kann, eine Rohstoffpolitik auf den Weg zu bringen, die zum einen den Verbrauch in Deutschland und der EU innerhalb der planetarischen Grenzen hält und zum anderen aktiv dazu beiträgt, dass in den Lieferländern Umweltzerstörungen unterbleiben und die Menschen, insbesondere die Armen, von dem Rohstoffreichtum ihres Landes profitieren.

Für eine nachhaltige Agrarwirtschaft in Europa bedeutet dies, sich an den planetarischen Grenzen zu orientieren. In Bezug auf Landwirtschaft heißt Wirtschaften in den Grenzen der eigenen Ressourcen, dass Europa seinen externen Flächenverbrauch von 35 Mio. Hektar zur eigenen Versorgung abbauen muss. Insbesondere die 20 Millionen Hektar Eiweißfuttermittel zur tierischen Erzeugung müssen über eine europäische Eiweißstrategie ersetzt werden, Fleischproduktion und -konsum sind zu reduzieren.

„Zumindest in den Industrieländern wächst die Lebensqualität nicht schon deshalb, weil die Wirtschaft expandiert. Entgegen dem klassischen Glaubenssatz der Wirtschaftsgesellschaft ist das Wohlbefinden der Menschen ab der Sicherung eines auskömmlichen Lebensstandards nur beschränkt abhängig von der Anzahl der Güter und Dienste, die sie zu erwerben in der Lage sind. (...) Einkommenssteigerung gilt als der Königsweg zum – wie Jeremy Bentham's berühmte Formel lautete – größten Glück der größten Zahl. Doch die moderne Glücksforschung zeigt, dass der Glaubenssatz empirisch auf schwankendem Boden steht: Er ist nicht ganz falsch, aber doch weit davon entfernt, richtig zu sein.“

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 110/111

Dazu ist das neue europäische Agrarmodell an den Erkenntnissen des Weltagrarrberichts auszurichten. Ziel muss sein, die Nahrungsmittelversorgung mit agrarökologischer Erzeugung, also durch den Ausbau des ökologischen Anbaus unter Berücksichtigung von Umwelterhaltung und Landschaftspflege, sicherzustellen. Gleichzeitig muss, insbesondere durch die Subventionspraxis, die Außenwirtschaft so gestaltet werden, dass die deutsche und europäische Landwirtschaft auf Märkten in anderen Ländern nicht länger Schaden anrichtet.

Eine ähnliche Umorientierung zu mehr Nachhaltigkeit ist bei der Fischereipolitik notwendig. Europa muss seinen Fischkonsum begrenzen, um die Überfischung der Meere nicht länger voranzutreiben. Gleichzeitig ist eine Politik erforderlich, die einer Privatisierung der Meere eine Absage erteilt und Fischereirechte daran orientiert, dass Kleinfischern und ihren Familien ein menschenwürdiges Auskommen ermöglicht wird.

Ein weiteres Beispiel für die Nachhaltigkeitswende ist eine Energiepolitik, die durch Erneuerbare Energien das Klima schützt und dadurch auch Vorbildcharakter für andere Länder entfaltet. Und es bedarf einer Handelspolitik, die sich durch eine ausgeglichene Handelsbilanz auszeichnet und Wettbewerbsfähigkeit nicht als vorherrschendes Erfolgskriterium betrachtet, sondern anderen Volkswirtschaften Raum für ihre eigene ökonomische Entwicklung lässt.

Sustainable Development Goals

Die Idee von Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) wurde von Kolumbien und Guatemala in den Vorbereitungsprozess zur Rio+20-Konferenz getragen.

SDGs sollen Ziele beinhalten, die zu erreichen sich die UN-Mitglieder – verbindlich oder un-

verbindlich – verpflichten. Diese Ziele sollen, so der Zero Draft, in Übereinstimmung mit der Agenda 21 die drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung (also Ökologie, Ökonomie und Soziales) in integrierter und balancierter Weise behandeln; sie sollen universell und auf alle Länder anwendbar sein, wobei unterschiedliche Wege zu diesen Zielen ausdrücklich möglich sein sollen.

Die Reaktionen auf diesen Vorschlag sind denkbar unterschiedlich. Regierungen aus Industrieländern, so die EU und in gewisser Weise auch die USA, äußern sich positiv, viele Regierungen aus Entwicklungsländern demgegenüber eher zurückhaltend. Nichtregierungsorganisationen diskutieren die Frage der SDGs unter unterschiedlichen Aspekten, etwa mit Blick darauf, ob die Vorzeichen der Green Economy befürchten lassen, dass SDGs auf (leichter messbare) Ziele und Indikatoren ökologischer Effizienz fokussieren oder mit Blick auf das (bislang ungeklärte) Verhältnis von SDGs zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) zur Armutsbekämpfung.

„Nicht Hightech und Tatendrang, sondern Elend und Ohnmacht machen das Leben vieler Weltbürger aus. Doch die Zukunft wird so lange verstellt sein, wie die Hälfte der Menschheit kein Gastrecht auf diesem Planeten genießt. Dabei gleichen Armut und Reichtum in mancher Hinsicht siamesischen Zwillingen – sie existieren nicht getrennt voneinander. Den Menschenrechten auf der Welt volle Geltung zu verschaffen, erfordert eine Reform des Reichtums.“
Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 186

Aus heutiger Sicht bedeuten SDGs Chancen und Risiken zugleich. Die Risiken bestehen darin, dass SDGs den Herausforderungen, die sich aus entwicklungspolitischer Sicht stellen, nicht gerecht werden, wenn Fragen der Armutsbekämpfung, Gerechtigkeit und sozialen Menschenrechte zu kurz kommen. Nach wie vor ist das Verhältnis von SDGs und MDGs ungeklärt. Da SDGs mit einem zeitlichen Horizont bis 2020

oder gar darüber hinaus diskutiert werden, besteht zudem die Gefahr, dass bereits vereinbarte Ziele faktisch eine Fristverlängerung erfahren, wenn sie in den SDG-Katalog aufgenommen würden. Dies beträfe etwa das Ziel, wonach die Industrienationen bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen sollen. Ähnliches gilt für MDGs wie die der Müttersterblichkeit oder der Sanitärversorgung, die bis 2015 womöglich nicht erreicht werden können. Solche Ziele würden abgewertet, wenn sie nicht in den SDG-Katalog aufgenommen würden; wenn sie jedoch Teil der SDGs würden, würde dies womöglich eine schlichte Fristverlängerung bedeuten.

Die Chance von SDGs liegt darin, dass global vereinbarte Ziele einen neuen globalen Konsens für eine nachhaltige Entwicklung befördern oder gar herstellen können.

Mit Blick auf den aktuellen Stand der Diskussion lassen sich einige Mindestanforderungen für SDGs formulieren. Von daher sollten SDGs

- das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung widerspiegeln, indem sie die sozialen Menschenrechte und die planetarischen Grenzen als Leitplanken des Wirtschaftens respektieren;
- auf den Rio-Prinzipien aufbauend ökologischen und sozialen Belangen Vorfahrt einräumen;
- die MDGs ersetzen, jedoch die Fokussierung der MDGs auf direkter Armutsbekämpfung fortschreiben und ausbauen;

- die Implementierung bestehender Ziele in den Bereichen Umweltschutz und Armutsbekämpfung befördern und beschleunigen;
- globale Gültigkeit beanspruchen können und gleichzeitig in unterschiedlicher Weise erreicht werden können;
- die Anliegen der Entwicklungsländer, etwa mit Blick auf Technologietransfer und ein gerechtes Welthandelssystem, aufnehmen;
- Wege in post-fossile Gesellschaften weisen;
- Ziele für nachhaltige Konsummuster und Lebensstile festschreiben;
- im Bereich Landwirtschaft die Erkenntnisse des Weltagrarberichts aufnehmen und landwirtschaftliche Ziele daran ausrichten;
- einen Prozess zur politischen Teilhabe eröffnen und dazu beitragen, die Handlungsspielräume für Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen zu erweitern.

Unabdingbar ist, dass der Prozess der Formulierung und des Monitoring von SDGs die Expertise der Zivilgesellschaft in nachvollziehbarer Weise integriert. Dabei kann es nicht nur darum gehen, Anhörungen zu organisieren und entsprechende Plattformen im Internet zu organisieren. Zivilgesellschaftliche Beteiligung muss sich auch sichtbar im Ergebnis widerspiegeln.

Nachhaltigkeit implementieren: Ein gutes Leben für alle

Wenige Wochen vor der Konferenz mehren sich die Anzeichen, dass es den Regierungen in Rio nicht gelingen wird, die richtigen Weichen für eine nachhaltige Entwicklung zu stellen. Umso bedeutsamer werden die Initiativen und Anstöße des von der Zivilgesellschaft unter Beteiligung der Kirchen organisierten Peoples Summit sein.

Nichtsdestoweniger dürfen die Regierungen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. 20 Jahre Diskussion sind genug. Armutsbekämpfung und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören endlich an die Spitze der politischen Agenda. Debatten über ökonomische Modelle und Nachhaltigkeitsziele dürfen nicht als Vorwand dafür genutzt werden, längst überfällige politische Weichenstellungen hinauszuschieben. Die Rezepte für einen grundlegenden Politikwechsel liegen auf dem Tisch. Dazu gehört:

- ein Ende der einseitigen Politik einer Liberalisierung des Welthandels. Die bestehenden Handelsverträge müssen in Instrumente überführt werden, die eine nachhaltige Entwicklung unterstützen;
- ein an kleinbäuerlichen Produktionsweisen orientierter agroökologischer Ansatz, angelehnt an die Ergebnisse und Empfehlungen der Weltagrarberichtes;
- für alle Rio+20-Beschlüsse die konsequente Umsetzung der Prinzipien der Gendgerechtigkeit und der besonderen Einbeziehung von armen und marginalisierten Bevölkerungen, beispielsweise Menschen mit Behinderungen;
- der globale Ausbau erneuerbarer Energien mit dem Ziel, allen Menschen Zugang zu Energie zu ermöglichen;
- die globale Erwärmung möglichst unter-

„Es ist die Aufgabe dieser Generation, eine solar-solidarische Zivilisation zu schaffen, und die Zeit dafür drängt. Bereits die beiden nächsten Jahrzehnte entscheiden darüber, ob ein kaum mehr zu steuerndes Klimachaos mit unabsehbaren Auswirkungen für die Biosphäre und die Weltgesellschaft noch zu vermeiden ist.“
Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 606

- halb von 2°C zu stabilisieren und ausreichend Mittel bereitzustellen, um die Entwicklungsländer in ihrer Klimaschutzpolitik und bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen;
- ein verbindliches Regelwerk, das das Handeln von Unternehmen an ökologische und soziale Ziele bindet und dies mit Transparenz- und Offenlegungspflichten verknüpft;
- die Verwirklichung der Aichi Biodiversity Targets, unter anderem die Umsetzung des Nagoya-Protokolls gegen Biopiraterie und die Ausweitung von Schutzgebieten im Einklang mit den Menschenrechten, insbesondere der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker;
- eine konsequente und kohärente Umsetzung der Rio-Verpflichtungen bei der Reform der EU-Agrar- und EU-Fischereipolitik;
- eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzmärkte, unter anderem durch das Verbot des Eigenhandels, die Trennung von Bank- und Investmentgeschäften, die starke Eindämmung des Derivatehandels und eine effektive Bankenaufsicht;
- ein Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter, gerade auch in der Landwirtschaft;
- die konsequente Einhaltung der Monterrey-Beschlüsse, wonach die Industriena-

tionen bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen;

- eine konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips, was die Forderung nach dem globalen Ausstieg aus Risikotechnologien wie etwa Atomkraft und grüner Gentechnik bedeutet.

Die Regierungen sollten in Rio nicht der Versuchung erliegen, nachhaltige Entwicklung auf

„Klimachaos und Peak Oil zusammen mit dem Niedergang der Biodiversität sind keine voneinander getrennten Unglücksfälle auf dem glorreichen Weg der industriellen Moderne. Vielmehr sind sie miteinander verschränkt und weisen auf die strukturelle Pathologie der Industriegesellschaft, nämlich ihre Abhängigkeit von endlichen und, bei massenhafter Nutzung, von naturunverträglichen Rohstoffen.“

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., Seite 51

eine Green Economy zu reduzieren, die das neoliberale Wirtschaftsmodell fortschreibt. Dazu gehört neben schlichtem Green-Washing auch das

Vorantreiben marktfähiger Lösungen, die zu einer weiteren Kommerzialisierung und Privatisierung der Natur führen. Soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung sind integraler Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung und dürfen nicht in die zweite Reihe verbannt werden. Eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik muss sich zudem an der Forderung nach ökologischer Gerechtigkeit orientieren, das heißt, jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Zugang zu natürlichen Ressourcen.

Rio+20 muss deutlich machen, dass ein Politikwechsel überfällig ist. Hunger und Armut, Klimawandel und Artensterben, die multiplen, sich gegenseitig verstärkenden Krisen machen die Größe der Herausforderung deutlich. Dieser Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, ist die Messlatte für einen Erfolg in Rio. Wirtschaftliches Wachstum mit möglichst wenig Umweltverbrauch reicht als Zielvorgabe dafür nicht aus. Stattdessen muss das Ziel heißen, innerhalb der planetarischen Grenzen Wohlfahrt und ein gutes Leben für alle zu schaffen.

Zusammenfassung

1. Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist integraler Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung und darf nicht in die zweite Reihe verbannt werden. Die Regierungen sollten in Rio nicht der Versuchung erliegen, nachhaltige Entwicklung auf eine Green Economy zu reduzieren, die das neoliberale Wirtschaftsmodell fortschreibt und die bestehenden Ungerechtigkeiten in der Weltwirtschaft unangetastet lässt.

Eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik muss sich zudem an der Forderung nach ökologischer Gerechtigkeit orientieren, das heißt, anstelle von Kommerzialisierung und Privatisierung der Natur muss jeder Mensch das gleiche Recht auf Zugang zu natürlichen Ressourcen haben.

Die Abschlusserklärung der Rio+20-Konferenz darf nicht hinter die Beschlüsse von Rio 1992 zurückfallen. Die in der Rio-Erklärung enthaltenen Prinzipien nachhaltiger Entwicklung müssen ungeschmälert bestätigt und operationalisiert werden. Dabei müssen Umwelt- und Gerechtigkeitsziele Vorrang haben.

Die Hungerkrise ist der schärfste Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit. Eine Lösung des Hungerproblems ist langfristig nur durch eine Abkehr vom bisherigen, vor allem auf Erdöl basierenden, Produktionsmodell möglich. Der Weltagrarbericht zeigt Wege auf für ein neues globales Landwirtschaftsmodell, das sich an den Grenzen der natürlichen Reproduktion orientiert.

2. Institutionelle Aufwertung der Umwelt-Governance im UN-System

Umweltinteressen sollten im institutionellen Gefüge der Vereinten Nationen größeres Gewicht erhalten. Dazu gehört eine Stärkung von UNEP, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Begrüßenswert ist der Vorschlag einer universellen Mitgliedschaft im UNEP-Verwaltungsrat und damit eine Erhöhung und Kontinuität der Finanzausstattung von UNEP wie auch der Gedanke, UNEP von einem Programm der Vereinten Nationen zu einer UN-Organisation für Umwelt aufzuwerten.

Im Grundsatz gleichfalls unterstützenswert sind die Bestrebungen, die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) durch einen Nachhaltigkeitsrat bei den Vereinten Nationen zu ersetzen. Dieser Rat soll für mehr Kohärenz in der Politik der UN-Einrichtungen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung sorgen. Dies wird jedoch nur dann erfolgreich sein können, wenn der Vorrang von Umwelt- und Entwicklungszielen im Mandat des Rates verbindlich festgeschrieben wird.

Weiter verfolgt werden sollte der Gedanke einer Ombudsstelle oder eines UN-Hochkommissars für Nachhaltige Entwicklung, der als Anwalt für Nachhaltigkeit – unter anderem gestützt auf Befunde und Analysen aus der Zivilgesellschaft – öffentlichkeitswirksam und in kontinuierlicher Weise nicht nachhaltige Politik aufzeigen und den notwendigen Politikwechsel einfordern könnte.

3. Nachhaltige Wirtschaft

Eine Green Economy, die ausschließlich auf Effizienzgewinne durch den Einsatz neuer Technologien setzt und hofft, so wirtschaftliches Wachstum und Naturverbrauch entkoppeln zu können, wird den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung nicht gerecht. Eine nachhaltige Wirtschaft muss die planetarischen Grenzen anerkennen und der Durchsetzung der sozialen Menschenrechte und der Bekämpfung der Armut Priorität einräumen.

Eine nachhaltige Wirtschaft muss auf den 1992 mit der Erklärung von Rio vereinbarten Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung (etwa dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung, dem Verursacherprinzip und dem Vorsorgeprinzip) aufbauen und bei deren Implementierung Umwelt- und Entwicklungsinteressen Vorrang einräumen.

Rio+20 muss klare Impulse für eine Abkehr von einer Politik des permanenten Wirtschaftswachstums auf Kosten der Natur geben. Mit Blick auf die planetarischen Grenzen verbietet sich in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein Weg nachholender, auf fossile Energieträger gestützter Industrialisierungspfad. Dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung folgend müssen die Industrieländer Vorreiter auf dem Weg zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern sein.

4. Mindestanforderungen für Sustainable Development Goals

Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) können sinnvoll sein, wenn sie eine Reihe von Mindestanforderungen erfüllen. Hierzu gehört, dass sie die sozialen Menschenrechte und die planetarischen Grenzen als Leitplanken des Wirtschaftens widerspiegeln. Sie müssen globale Gültigkeit beanspruchen können und sollen die Millenniumsentwicklungsziele ersetzen, wobei deren Fokussierung auf direkter Armutsbekämpfung fortzuschreiben und auszubauen ist. Gleichzeitig müssen sie Ziele für nachhaltige Konsummuster und Lebensstile festschreiben.

Unabdingbar ist, dass der Prozess der Formulierung und des Monitoring von SDGs die Expertise der Zivilgesellschaft in nachvollziehbarer Weise integriert.

5. Perspektiven

Die Rio+20-Konferenz muss die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung endlich auf den Weg bringen.

Rio+20 muss deutlich machen, dass ein Politikwechsel überfällig ist. Wirtschaftliches Wachstum mit möglichst wenig Umweltverbrauch reicht als Zielvorgabe dafür nicht aus. Stattdessen muss das Ziel heißen, innerhalb der planetarischen Grenzen Wohlfahrt und ein gutes Leben für alle zu schaffen.

Publikationen



20 Jahre danach

Eine kleine Geschichte des Rio-Prozesses

„20 Jahre danach – Ein kleine Geschichte des Rio-Prozesses“ gibt einen einführenden Überblick auf die Entwicklungen der letzten 20 Jahre und darüber hinaus. Denn die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung ist noch ein wenig älter, sie begann bereits 1972 in Stockholm.



Rio+20

Ein kleines Begriffslexikon

20 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio findet am gleichen Ort im Juni 2012 mit dem Rio+20-Gipfel wieder eine Konferenz über nachhaltige Entwicklung statt. Zur Orientierung in dem Dschungel der politischen Schlagworte, will das „kleine Lexikon“ die wichtigsten Begriffe der Debatte kurz und präzise erläutern.

Besuchen Sie uns im Internet unter www.eed.de

Dort finden Sie weitere Publikationen des EED zum Bestellen und zum Download.



Evangelischer Entwicklungsdienst e. V.

Ulrich-von-Hassell-Str. 76, 53123 Bonn

Telefon: 0228 - 8101 - 0

vertrieb@eed.de

www.eed.de

Mitglied der

actalliance